

ÜBERSICHT ÜBER NICHT ERLIEDIGTE BESCHLÜSSE/AUFFRÄGE IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Sitzung am	TOP	Titel	Beschluss	Bemerkung
14.02.2006	A 11	Sozialatlas 2004	kein Beschluss	Aus dem Jugendhilfeausschuss wurde eine Änderung der statistischen Bezirke angeregt. Ob eine Änderung erfolgen kann, wird derzeit verwaltungsintern abgeklärt. Über das Ergebnis wird zu gegebener Zeit berichtet.
16.05.2006	A 16	Ausbau präventiver Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe	Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes zum Ausbau präventiver Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der Ausführungen der Vorlage.	Gemäß Vorlage ist die Projektdauer auf 24 Monate angelegt und abhängig von der Wiederbesetzung von zwei Stellen in der Bezirkssozialarbeit. Die Stellen wurden zum 02.01.2007 besetzt. Die Verwaltung beabsichtigt, in der Ausschusssitzung am 15.05.2007 über das weitere Vorgehen zu berichten.
12.09.2006	A 12	Kürzung der Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätte „Bollerwagen“ in Reifrath	Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Beschlussfassung vertagt.	Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Rates am 01.03.2007 ist dieser Punkt erledigt.
30.01.2007	A 8	Soziales Frühwarnsystem	kein Beschluss	a) Die CDU-Fraktion hat die Einführung einer Schreibabysberatung beantragt. Die Verwaltung hat zugesagt, mit den Leistungsanbietern abzuklären, ob bzw. wie ein solches Angebot geschaffen werden kann. Über das Ergebnis wird zu gegebener Zeit berichtet. b) Während der Beratung sagte die Verwaltung eine Vorlage zur Kindeswohlgefährdung zu. Diese Vorlage soll

				<p>während der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2007 behandelt werden.</p>
30.01.2007	A 11	<p>Integrierte Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Dem Plan „Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Alter bis 10 Jahren – Integrierter Entwicklungsplan bis 2015 für die Kindertagespflege, Spielgruppen, Kindertagesstätten und Grundschulen“ vom Oktober 2006 wird in geänderter Fassung unter Berücksichtigung der Ergänzungen aus der Beratung zugestimmt. 2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen zusammen mit den Trägern der freien Jugendhilfe und den Grundschulen umzusetzen. 	<p>Die Verwaltung hat zugesagt, erneut eine umfassende Vorlage zur Tagespflege dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen (s. TOP A 8).</p>